Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thaler, außerhalb incl. Porto 2 Thaler 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¾ Sgr.

Expedition: Herrenstraße № 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche an fünf Tagen zweimal, Sonntag und Montag einmal erscheint.

Breslauer Zeitung.

Mittagblatt. Sonnabend den 2. Februar 1856. Nr. 56.

Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

Paris, 1. Februar. 3pCt. Rente 72, 40. 4½pCt. Rente 95, 25. Oesterreichische Staats-Eisenbahn-Aktien 855. Credit-Mobil. 1550. Sämmtliche Werthpapiere fest. Liquidationscours 70, 80 bis 71, 40. Liquidation lebhaft, sehr fest.

London, 1. Februar. Consols eröffneten zu 90½, und stiegen auf 90⅞.

Wien, 1. Februar, Nachmittags 1 Uhr. Credit- und Staats-Eisenbahn-Aktien beliebt, Valuten fest. — Schluß-Course:

Silber-Anleihe 87. 5pCt. Metall. 85¼. 4½pCt. Metalliques 75¼. Bank-Aktien 1035. Nordbahn 239. 1839er Loose 138. 1854er Loose 104¾. National-Anlehen 87¼. Oesterreichische Staats-Eisenbahn-Aktien 246¾. Certifikate 240. Credit-Akt. 282½. London 10, 27. Augsb. 108¼. Hamburg 78. Paris 124½. Gold 12¼. Silber 8¼.

Hamburg, 1. Februar, Nachmitt. 2½ Uhr. Börse stiller. Einige Effekten erheblich niedriger. Oesterreich. Credit-Aktien 139, österreichische Staats-Eisenbahn 840. Neue Stieglitz 90. — Schluß-Course:

Preußische 4½pCt. Staats-Anleihe 100½. Preuß. Loose 112. Oesterreichische Loose 116. 3pCt. Spanier 36. 1pCt. Spanier 22⅝. Englisch-russische 5pCt. Anleihe —. Berlin-Hamburger 112. Köln-Mindener 160½. Mecklenburger 54½. Magdeburg-Wittenberge 47. Berlin-Hamburg 1. Priorität 102¼. Köln-Minden 3. Priorität 90. Diskonto 4½ %. Lond. lang 13 Mrk. 2½ Sh. notirt, 13 Mrk. 3½ Sh. bez. London kurz 13 Mrk. 5¾ Sh. not., 13 Mrk. 6¾ Sh. bez. Amsterdam, 35, 95. Wien 80½.

Getreidemarkt. Weizen nominell. Roggen flauer und geschäftslos. Oel pro Februar 32, pro Mai 31¾, pro Oktober 28. Kaffee und Zink stille.

Telegraphische Nachrichten.

London, 31. Januar. Bei der Adreßdebatte erklärt der Minister des Auswärtigen, Lord Clarendon, daß der Kaiser von Frankreich eben so friedliche Gesinnungen wie England hege, jedoch gleichfalls die Rüstungen fortsetzen werde. Derby kritisirt die bisher stattgehabten Unterhandlungen. Disraeli begrüßt den Frieden, verspricht aber der Regierung die Stütze der Oppositon, falls die Konferenzen scheitern. Palmerston erbittet Rücksichten während der Dauer der Konferenzen. Dagegen opponiren Roebuck und Evans. Beide Häuser nehmen die Adresse ohne Amendements an, und vertagen sich auf morgen.

Madrid, 29. Januar. Die amtliche Zeitung veröffentlicht die Gesetze über die Bank, die anonymen Gesellschaften, die Errichtung des Kredit-Mobilier Prost und der spanischen Kapitalisten. — Gestern wurde das Tribunal der Rota inaugurirt. — Allgemeine Ruhe.

Marseille, 30. Januar. Der „Borysthene" hat noch folgende Nachrichten mitgebracht: Am 17. d. zeigte der Hr. v. Prokesch-Osten, der österreichische Internuntius, dem Sultan offiziell die Annahme des österreichischen Ultimatums von Seiten Rußlands an. Die Türken haben im Allgemeinen diese Aenderung in der Sachlage mit Freuden aufgenommen. Die Griechen zeigten sich mißtrauischer. Andere Depeschen aus Wien vom 19. d. M. melden, daß den kriegerischen Streitkräften der Befehl übermacht worden sei, die Feindseligkeiten zu suspendiren. Bei Odessa und Kinburn sind die Meerbusen zugefroren, in der Krim war die Witterung milder.

Konstantinopel 24. Januar. Der kaiserlich königliche Internuntius, Freiherr v. Prokesch, machte der Pforte Mittheilung über die seitens Rußlands erfolgte Annahme der wiener Vorschläge. Die Berathungen, die einstweilen begonnen hatten, waren lediglich vorbereitender Art, weshalb auch keine Protokolle abgefaßt wurden. Der königlich sardinische Gesandte, Baron Tecco, der dazu nicht geladen war, erhob schriftlich Beschwerde, erhielt jedoch, dem Vernehmen nach, von der Pforte den Bescheid, daß unmittelbar zwischen ihr und Sardinien nur ein Vertag in Betreff des Truppendurchzugs bestehe. In Folge dessen ist Baron Tecco von seinem Posten abberufen worden und sollte sich am 28sten d. Mts. nach Turin zurückbegeben.

Der kaiserlich französische Gesandte, Herr von Thouvenel, erhielt den Medschidie-Orden erster Klasse. Die Ankäufe von Proviant und Munition für die Alliirten sind hierorts eingestellt worden. Mehrere britische Offiziere waren nach Schumla abgegangen, um dort Vorbereitungen für die Errichtung eines Hauptquartiers im Frühjahr zu treffen; man sieht unter den gegenwärtigen Umständen ihrer baldigen Rückkehr entgegen. Von der Pforte wird, wie man versichern hört, eine wichtige Reform vorbereitet. Der Scheik-ul-Islam, die Ulemas und Softas sollen fernerhin nur dem religiösen Kultus obliegen; für andere ihnen zugewiesene Angelegenheiten juridischer Natur soll ein besonderes Departement geschaffen, und hierfür ein Gesetzkoder nebst eigenen Ausführungsnormen entworfen werden. Omer Pascha weilt noch in Redutkale. Vom asiatischen Kriegsschauplatze nichts Neues.

London, 31. Januar, 4 Uhr Nachm. Die Königin eröffnete heut das Parlament mit folgender Thronrede:

Mylords und meine Herren! Seit dem Schlusse der letzten Session des Parlaments haben die Waffen der Alliirten einen großen und wichtigen Erfolg errungen: das mächtige Bollwerk Rußlands am schwarzen Meere, Sebastopol, ist der ausdauernden Standhaftigkeit und der heroischen Tapferkeit der verbündeten Heere erlegen.

Die Rüstungen zu Wasser und zu Lande haben begreiflicher Weise meine unausgesetzte Aufmerksamkeit in Anspruch genommen. Während ich aber einerseits entschlossen war, keine Anstrengung zu unterlassen, um den Kriegsunternehmungen des nächsten Jahres Nachdruck zu verleihen, habe ich es andererseits für Pflicht erachtet, Anerbietungen, welche gegründete Aussicht auf einen dauernden und ehrenvollen Frieden geben konnten, nicht von mir abzuweisen.

Als daher vor Kurzem der Kaiser von Oesterreich mir und meinem erhabenen Verbündeten, dem Kaiser der Franzosen, das Anerbieten machte, seine guten Dienste bei dem Kaiser von Rußland einzusetzen und sich zu bemühen, eine gütliche Lösung der zwischen den kriegführenden Mächten bestehenden Differenzen herbeizuführen, habe ich in Verbindung mit meinen Alliirten darin eingewilligt, dieses Anerbieten anzunehmen. Und ich habe die Genugthuung, Ihnen mittheilen zu können, daß über gewisse Bedingungen ein Uebereinkommen erzielt worden ist, welche, wie ich hoffe, zur Grundlage eines allgemeinen Friedensvertrages dienen werden.

Die Verhandlungen über einen derartigen Vertrag werden binnen Kurzem in Paris eröffnet werden.

Bei diesen Verhandlungen werde ich Sorge tragen, diejenigen Zwecke nicht außer Augen zu lassen, deretwegen der Krieg unternommen worden ist, und es für geboten erachten, in keiner Weise in meinen Rüstungen zu Land und zu Wasser nachzulassen, bis ein allen berechtigten Ansprüchen genügender Friede erzielt ist.

Obgleich der Krieg, in welchen ich verwickelt bin, durch Ereignisse im Süden Europas herbeigeführt worden ist, habe ich meine Aufmerksamkeit von den Verhältnissen des Nordens nicht abgewandt, und im Verein mit dem Kaiser der Franzosen einen Vertag mit dem Könige von Schweden und Norwegen abgeschlossen, welcher Verpflichtungen bezüglich der Vertheidigung der Länder desselben feststellt und dazu bestimmt ist, das Gleichgewicht der Machtverhältnisse auch in jenem Theile Europas zu sichern.

Ich habe ferner einen Freundschaft-, Schifffahrt- und Handelsvertrag mit der Republik Chili abgeschlossen. Beide Verträge werden Ihnen demnächst vorgelegt werden.

Der übrige Theil der Thronrede betrifft innere Angelegenheiten. (H. N.)

Preußen.

Berlin, 1. Febr. [Amtliches.] Seine Majestät der König haben allergnädigst geruht: nachgenannten königl. niederländischen Offizieren und Beamten Orden zu verleihen, und zwar: den rothen Adler-Orden zweiter Klasse: dem Kommandeur der 1. Infanterie-Brigade und Ober-Kommandanten von Maestricht, General-Major Baron van Aylva-Rengers, und dem Kommissarius der Provinz Limburg, van Meeuwen; den rothen Adler-Orden dritter Klasse: dem Chef des Generalstabes der 1. Infanterie-Brigade, Major Klapp, und dem Greffier der limburgischen Provinzial-Staaten, Michiels van Kessenich. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem Kaufmann und Leinenwaarenhändler M. Arenberg hierselbst und dem Hutfabrikanten Mathias Mertés zu Köln das königl. Hof-Lieferanten-Prädikat zu verleihen.

Berlin, 1. Februar. Se. Majestät der König gedenkt Allerhöchstsich heute Abend nach Charlottenburg zu begeben, um im dortigen Schlosse zu nächtigen, und morgen Vormittag einer im Jagdrevier Grunewald anberaumten Hofjagd beizuwohnen. Se Majestät der König geruhte heute Vormittag mehrere Vorträge und Meldungen im königlichen Schlosse entgegen zu nehmen. — Se. körigl. Hoheit der Prinz Friedrich Wilhelm wohnte der gestrigen Sitzung im Ministerium des Innern bei. (N. Pr. Z.)

Herr v. Beust ist, wie wir bereits ankündigten, hier eingetroffen, und hat sowohl gestern als heute Vormittag mit dem Ministerpräsidenten konferirt. — Ueber die Prägung einer gemeinsamen Goldmünze für Oesterreich und den Zollverein ist auf der wiener Münzkonferenz, wie wir erfahren, nicht die erwartete Uebereinstimmung erzielt worden. — Man sagt, Herr v. Bismark-Schönhausen, der preußische Gesandte am Bundestage, werde hier erwartet. — Der Spezialdirektor der oberschlesischen Eisenbahn, Lewald, ist gestern nach Breslau zurückgereist. Er wurde während seines vierzehntägigen Aufenthalts in Berlin von dem Handelsminister und dem russischen Gesandten zur Besprechung von neuen Eisenbahn-Projekten mehreremale empfangen.

P. C. [Die Anträge der Abg. Schwerin und Leipziger.] Ein gleich bei Beginn der Session gestellter Antrag des Grafen Schwerin und Genossen hatte das Haus der Abgeordneten aufgefordert, die Erwartung auszusprechen, daß das Ministerium eine Untersuchung darüber eintreten lasse, in wie weit durch Organe der Regierungsgewalt eine die Freiheit der letzten Abgeordnetenwahlen beeinträchtigende Einwirkung geübt worden ist, und daß von den Resultaten dieser Untersuchung demnächst dem Hause der Abgeordneten Mittheilung gemacht werde. Die Kommission, welcher dieser Antrag zur Prüfung überwiesen war, erkannte vor Allem, daß in den beigefügten Motiven nur ganz im Allgemeinen auf die bei Gelegenheit der Wahlprüfungen im Hause der Abgeordneten stattgehabten Verhandlungen Bezug genommen wird, während die Begründung durch Hinweisung auf spezielle Thatsachen durchaus fehlt. Die Kommission hielt sich daher zu der Annahme berechtigt, daß ihr durch den Antragsteller darüber weitere thatsächliche Unterlagen gegeben werden würden, an welchen Orten und in welcher Weise nach der Ansicht der Unterzeichuer des Antrags, ungerechtfertigte Einwirkungen bei den letzten Abgeordnetenwahlen durch Organe der Regierungsgewalt stattgefunden haben sollen. Der in der Kommission bei Berathung des Antrags anwesende Antragsteller gab jedoch die Erklärung ab, daß nach seiner eigenen Auffassung sich nicht sowohl die Organe der Regierungsgewalt als das Staatsministerium selbst ungesetzliche und ungerechtfertigte Eingriffe in die Wahlfreiheit erlaubt habe, und daß er bei Einbringung des Antrags vor Allem beabsichtigt habe, eine politische Untersuchung darüber herbeizuführen, ob und inwieweit das Staatsministerium hierbei die Gesetze des Landes verletzt. Obgleich dieser Antrag ein wesentlich anderer ist, als der schriftlich eingebrachte, so glaubte die Kommission gleichwohl die mündlichen Anträge und Ausführungen des Grafen von Schwerin näher in Erwägung ziehen zu müssen, weil wenistens im Allgemeinen auch jetzt noch den Kern des schriftlich gestellten Antrags: die behauptete Beeinträchtigung der Wahlfreiheit durch die Regierungsgewalt, stehen geblieben ist. Die Kommission wies zunächst auf die Erfahrung hin, daß bei politisch erregten Zeiten in konstitutionellen Staaten die oppositionelle Partei vor Allem, wenn sie keine Aussicht hat, durch Majoritätsbeschlüsse sich eine Einwirkung zu sichern, durch Einbringung eines Antrags auf politische Untersuchung der Maßnahmen der Regierung ihrer Ansicht Geltung zu verschaffen versucht. Wie klar auch die letzten Abgeordnetenwahlen herausgestellt haben, daß zwischen der Landesregierung und der Majorität der Landesbevölkerung ein volles Einverständniß über alle wichtige politische Fragen vorhanden ist, so verfolgt der Antrag den Zweck, äußerlich zu dokumentiren, daß diese Annahme eine unrichtige ist, weil durch die Maßnahmen der Regierung die Wahlfreiheit beschränkt sei, und das Resultat der Wahlen eben deßhalb keinen Rückschluß auf die Gesinnung des Volks zulassen soll. In Bezug auf die Gründe, welche den Vorwurf der Beeinträchtigung der Wahlfreiheit durch das königliche Staatsministerium rechtfertigen, war die Kommission nur auf die von dem Antragsteller mündlich gegebenen Auseinandersetzungen angewiesen. Danach soll das königliche Staatsministerium in dreifacher Richtung bei seiner amtlichen Einwirkung auf die Wahlangelegenheit excedirt haben und zwar: 1. Zunächst durch den Inhalt der angeblich von den Ministerien des Innern, des Kultus, der Finanzen und der Justiz an die Behörden ihrer Ressorts erlassenen, das Verhalten der Beamten bei den Wahlen betreffenden Cirkular-Reskripte. Die Kommission sprach ihre Ueberzeugung zunächst dahin aus, daß es geradezu eine Pflicht der Regierang sei, die öffentliche Stimmung in ihrer Ursprünglichkeit und Reinheit vor der Irreleitung durch das Parteitreiben zu bewahren, indem sie diejenigen Parteien oder Individuen, auf deren Unterstützung sie rechnen kann, mit Offenheit und Entschiedenheit dazu auffordert, sich um die natürlichen und anerkannten gouvernementalen Autoritäten zu schaaren. Die Kommission trat auch der vom Herrn Minister des Innern entwickelten Auffassung bei, daß durch die verfassungsmäßig feststehende Zulassung der Beamten zum Wahlrechte von selbst ein im Sinne der Regierung wirkendes Element gegeben sei, daß man aber, wenn man ganz unabhängige Wahlen im Sinne des Antragstellers hätte einführen wollen, man die Beamten verfassungsmäßig von dem Wahlrechte hätte ausschließen müssen. Die Kommission kann daher in dem Erlaß der oben erwähnten Reskripte einen gesetz- und verfassungswidrigen Eingriff in die Wahlfreiheit nicht erblicken.

Auch der zweite von den Antragstellern erhobene Vorwurf, daß das Ministerium bei Bildung der Wahlbezirke theils gegen die ausdrücklichen Bestimmungen, theils gegen den Sinn der Wahlverordnung vom 30. Mai 1849 verstoßen habe, ist vollkommen unbegründet. Die Bildung der Wahlbezirke nach Maßgabe der Seelenzahl ist nach § 3 der allegirten Verordnung unzwelfeihaft der Regierung übertragen, und die Kommission sprach sich dahin aus, daß der Regierung das Recht nicht verschränkt werden könne, zur Erfüllung eines gewiß berechtigten Wunsches, nämlich zur Erreichung konservativer und gouvernementaler Wahlen durch Anwendung der ihr gesetzlich zustehenden Mittel beizutragen.

Endlich hat der Antragsteller den Vorwurf der Beeinträchtigung der Wahlfreiheit seitens des königlichen Staatsministeriums durch die allgemein hingestellte Behauptung zu motiviren gesucht, daß die Polizeibehörden des Landes kurz vor der Vornahme der letzten politischen Wahlen von der ihr zustehenden Befugniß der Beschlagnahme von Zeitungen und Zeitschriften, die sich mit der Wahlfrage beschäftigten, einen bei weitem rigoröseren Gebrauch gemacht haben, als dies zu anderen Zeiten geschehen sei, und daß man zu der Annahme berechtigt sei, daß die Polizei bei diesem von ihr eingehaltenen Verfahren nicht blos in vorausgesetzter Genehmigung, sondern auf Anweisung des vorgesetzten Ministers gehandelt habe. Die Kommission konnte auch diesen Vorwurf bei dem Mangel thatsächlich genauer Angaben um so weniger für gerechtfertigt erachten, als der in der Sitzung anwesende Vertreter der königlichen Staatsregierung die ausdrückliche Erklärung abgab, daß bei dem Ministerium darüber nichts bekannt sei, daß in der Zeit vor den letzten Wahlen besonders viel Beschlagnahmen von Drucksachen vorgekommen seien.

In Berücksichtigung aller dieser Gründe konnte die Kommission sich nicht veranlaßt finden, der Ansicht des Antragstellers, Grafen von Schwerin, darin beizupflichten, daß das königliche Staatsministerium sich nach irgend einer Seite hin ungesetzlicher und ungerechtfertigter Eingriffe in die Wahlfreiheit bei Gelegenheit der letzten Wahlen zur Landesvertretung schuldig gemacht hat, und beantragt einstimmig: über den Antrag des Grafen von Schwerin und Genossen zur einfachen Tagesordnung überzugehen.

— Die von dem Hause der Abgeordneten erwählte Kommission für Verfassungs-Angelegenheiten hat bereits ihr Gutachten über den Antrag des Abgeordneten von Leipziger und Genossen abgegeben, welcher an die Stelle des Artikel 76 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 folgenden Artikel zu setzen beabsichtigt: Die beiden Häuser werden durch den König regelmäßig in der ersten Woche des Januar jeden Jahres, und außerdem, so oft es die Umstände erheischen, einberufen.

Der bei der Berathung der Kommission anwesende Vertreter des Herrn Ministers des Innern gab folgende Erklärung über diesen Gegenstand ab.

Die königliche Staatsregierung erachte den vorliegenden Antrag für zweckmäßig und könne sich deshalb dem nur anschließen, daß der Einberufungs-Termin der beiden Häuser auf den Januar verlegt werde. Die Zeit vom Schluß der Sitzungen, der bisher in der Regel erst im Mai erfolgt sei, bis zum November sei schon an sich, besonders aber mit Rücksicht auf die oft zu befragenden Provinziallandtage und die erforderliche Vorberathung der Gesetzentwürfe im Staatsrathe zu kurz zur gründlichen Vorbereitung der Gesetzvorlagen. Die noch frühere Einberufung der beiden Häuser, als bisher, werde also nur den Erfolg haben, daß die den Häusern zu machenden Vorlagen noch weniger zur Zeit der Eröffnung fertig wären, als jetzt. Anders werde sich aber die Sache stellen, wenn die Regierung die Monate November und Dezember zu diesen Vorarbeiten ganz frei habe. Sie werde dann auch den ganz begründeten Wunsch beider Häuser, ihnen gleich nach der Eröffnung der Sitzung die während derselben zu berathenden Vorlagen zu machen, mehr berücksichtigen können, als jetzt. Daß diese Vorlagen rechtzeitig gemacht würden, läge im eigenen Interesse der Regierung. Das Bedenken, daß, wenn die beiden Häuser erst im Januar zusammentreten, die Sitzungen dann noch länger als bis zum Mai dauern würden, theile die Regierung auch nicht.

Wenn nun deshalb die Staatsregierung sich im Allgemeinen dem Antrage, den Einberufungstermin der beiden Häuser auf den Januar zu verlegen, anschließe, so müsse sie doch darin, daß die Einberufung regelmäßig in der ersten Woche des Januar jeden Jahres erfolgen solle, eine zu große Beschränkung für sich erkennen.

Die Kommission erkannte dies als richtig an und empfiehlt hiernach dem Hause, zu beschließen, der Artikel 76 der Verfassungsurkunde vom 31. Jan. 1850 ist aufgehoben, und an dessen Stelle tritt folgender Artikel: die beiden Häuser werden durch den König regelmäßig in der ersten Hälfte des Januar jeden Jahres und außerdem, so oft es die Umstände erheischen, einberufen.

Deutschland.

Karlsruhe, 29. Januar. In der hentigen Sitzung der 2ten Kammer kam bei Gelegenheit der Berathung des Budgets des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten die Frage der Bundesreform zur Debatte. Kirsner stellte einen dahin gerichteten Antrag, und die Kammer beschloß nach längerer Diskussion einstimmig, eine Adresse in dem Sinne Kirsner's an den Regenten zu richten. Der Antrag Kirsner's lautet: „Die großherzogliche Regierung dringend zu bitten, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß durch eine weitere Ausbildung der Bundesverfassung die Einheit und damit die Macht unseres großen Vaterlandes gestärkt und ihm wieder jene Stellung angebahnt werde, welche in der Bevölkerung, in der Geschichte und in der Bildungsstufe des Volkes die Berechtigung findet und durch die materiellen Interessen des Handels und der Industrie dringend gefordert wird. (St.-Anz.)

Die Verpflegungskosten, welche die würtembergischen und baierschen Truppen im Jahre 1848 bei ihrer Anwesenheit in Baden veranlaßten, sind trotz vieler Reklamationen noch nicht auf die Bundeskasse übernommen. Dadurch haben sich die betreffenden Gemeinden schon seit drei Landtagen veranlaßt gesehen, durch Petitionen an die Kammern das Verlangen zu stellen, daß die badische Staatskasse diese Kosten vorschüßlich ersetze und ihre Ansprüche direkt beim Bunde verfolge. Bisher hatte sich die Regierung geweigert, hierauf einzugehen; nun aber ist eine Aenderung in den Gesinnungen eingetreten und es soll noch, wie es heißt, auf diesem Landtage eine Vorlage erfolgen, wodurch die rückständigen Verpflegungsgelder, die sich auf etwa 400,000 Gulden belaufen, auf die Staatskasse übernommen werden.

Stuttgart, 30. Januar. Durch heute im Staats-Anzeiger erschienene königliche Verordnung wird die Ständeversammlung auf den 20. Februar zum ordentlichen Landtag einberufen.

Rußland.

Das neueste Heft der russischen „Marine-Zeitschrift" enthält einen ausführlichen offiziellen Bericht über das glückliche Entkommen der russischen Eskadre von Petropaulowski nach den Amur-Mündungen, aus welchem wir im Folgenden die wichtigsten und interessantesten Thatsachen mittheilen: Es ist bekannt, daß Admiral Savoika, nachdem er den ganzen Herbst und Winter über an der Befestigung von Petropaulowski gearbeitet hatte, am 15. März den Befehl erhielt, sich mit der Besatzung, den Einwohnern und allem Kriegsgeräth nach dem Amur zu begeben. Augen-

blicklich wurde an's Werk gegangen, die Wälle geschleift, das Eis in der Bucht bis zur Signalspitze durchgesägt, eine Civilverwaltung eingesetzt, Pulver und Proviant in das Innere des Landes gebracht, die Schiffe ausgerüstet und Savoika erließ einen Tagesbefehl, in welchem er seinen Offizieren sagte:

„Sollten wir wider Erwarten einem stärkeren Feinde begegnen, so besiegen wir ihn oder gehen unter, um dem Feinde nicht russische Kriegsschiffe und die ruhmvolle russische Flagge zu übergeben.“

Am 17. April lief das Geschwader, bestehend aus der Korvette „Olivuzza“ (Flaggen-Schiff), der Fregatte „Aurora“, dem Transportschiff „Irtisch“ und „Baikal“ und dem Boote Nr. 1 aus. 282 Einwohner von Petropaulowski, Männer, Weiber und Kinder befanden sich auf dem Geschwader. Am 13. Mai lief das Geschwader, nachdem es unterwegs mehreren amerikanischen Wallfischfahrern begegnet war, glücklich in die Bai de Castries ein (an der Ostküste Asiens unter 51° 27′ n. Br., südlich von dem Liman des Amur). Hier wurden die Kranken, Passagiere und Kassen der Marine und der Civilverwaltung gelandet, um nach dem Posten Mariinsk am Amur geschafft zu werden. Das Geschwader blieb in fortwährender Kriegsbereitschaft, und am 19. wurde ein Tagesbefehl ausgegeben, nach dem „Olivuzza“, „Aurora“ und „Dvina“ sich hinter Untiefen aufstellten, um nicht umgangen werden zu können. Die Transportschiffe sollen am Kampfe nur theilnehmen, wenn der Feind mit Ruderschiffen angriffe; würde er mit großen Schiffen angreifen, so sollten sie verbrannt werden und die Mannschaft mit dem Geschütz sich auf das Ufer zurückziehen. Am 20. Mai liefen drei englische Schiffe, eine Fregatte von 60 Kanonen, eine Schraubenkorvette von 12 Kanonen und eine Brigg in die de Castries-Bucht ein. Die russischen Schiffe legten sich vor Anker, machten sich zum Gefecht bereit und auf allen Masten wurden die Flaggen aufgezogen. Die englischen Schiffe machten Vermessungen und die Korvette umsegelte eine Insel, hinter der die russischen Schiffe lagen, und beschoß eins von diesen, die „Olivuzza“, welche sogleich antwortete. (Die englischen Schiffe sind nach den englischen Berichten die Fregatte „Sibille“ und die Schraubenkorvette „Harriet“ von 17 Kanonen unter dem Kommandeur Charles Gilbert John Brydon Elliot gewesen.) Es wurden ein Paar Schüsse gewechselt, durch die die „Olivuzza“ keine Beschädigung erhielt, und die englische Korvette ging wieder in See. Noch an demselben Tage wurde von der „Aurora“ berichtet, daß man jenseit des Vorgebirges Kloster-Kamp (an der Südost-Ecke der Bai) noch drei Schiffe sehe. Jetzt wurde die Sache gefährlich und deshalb ein Kriegsrath gehalten; die russ. Offiziere erklärten jedoch alle ihre Bereitwilligkeit, sich bis auf den letzten Blutstropfen zu vertheidigen. Batterien am Ufer konnte man nicht mehr erbauen und der Admiral Savoika bewaffnete deshalb das Hinterkastell mit drei 36pfündigen Geschützen und brachte auf die „Olivuzza“ zwei Bombenkanonen, für die die Stückpforten erweitert werden mußten. Am 21. unternahm der Feind jedoch nichts und am 22. verschwand das Geschwader in der Richtung nach Süd. Am 25. wurde ein Midshipman von der „Olivuzza“ in einem Boote abgeschickt, um zu sehen, ob das Cap Lasareff (an der Amur-Mündung, nördlich von der Castries-Bucht) frei von Eis sei. Er kam am 27. mit der Nachricht, daß dies der Fall sei, zurück, hatte jedoch bei dem Cap d'Assas (zwischen Lasareff und de Castries) ein feindliches Schiff gesehen und deshalb seinen Weg zu Fuß fortsetzen müssen, wobei er nahe bei einem feindlichen Piquet vorübergekommen war. Sogleich wurde Befehl gegeben, die Anker zu lichten; in der Nacht kam man glücklich über die beiden Barren vor der Bai weg und traf am folgenden Tage auf ein amerikanisches Schiff, welches an der Vorderbram-Stange die russische Kriegsflagge führte und sich bald als der „William Penn“ auswies, der 150 Mann von der Besatzung der gescheiterten „Diana“ mit 8 Offizieren und 20,000 Pfund Pulver an Bord hatte. Unglücklicherweise lief das Schiff auf eine Sandbank und konnte erst nach mehrtägigen Bemühungen wieder flott gemacht werden. Am 5. Juni waren alle russischen Schiffe bei dem Cap Lasareff angekommen, wo sie sich wieder in Schlachtordnung aufstellten. Zehn Tage später war eine Ufer-Batterie mit 8 Vier- und Zwanzig-Pfündern armirt. Am 17. Juni kam der Admiral Putiatin mit dem Schooner „Chedda,“ den er selbst in Japan im Laufe von 10 Wochen durch seine Matrosen hatte erbauen lassen, und mit dem er dann nach Petropaulowski gesegelt war, von dort beim Cap Lasareff an, nachdem er wie durch ein Wunder den feindlichen Schiffen, mit denen er mehrmals fast zusammenstieß, entgangen war. Er lief sogleich in den Liman ein und setzte seine Reise mit demselben stromaufwärts bis zu dem Nikolas-Posten fort. Auf dem Schooner befanden sich außer Putiatin 7 Offiziere und 40 Mann. Da es schwer gewesen wäre, sich beim Cap Lasareff gegen einen überlegenen Feind zu halten, wurde die Ufer-Batterie wieder abgetragen und alle Schiffe in den Amur, alles Kriegsgeräth nach dem Nikolas-Posten gebracht, wo in der Mitte des Juli auch die zweite und dritte Abtheilung der Amur-Flotille mit einer Menge Ansiedler ankam. Putiatin fuhr am 11. Juli mit dem kleinen Schraubenschiff „Nadeschda“ den Amur 400 Werst aufwärts. Dann setzte er die Reise auf einem kleinen Schiffe fort.

Frankreich.

Paris, 30. Jan. [Der Ball in den Tuilerien.] Auf dem gestrigen Hofball in den Tuilerien, von dem der heutige „Moniteur“ weiter nichts meldet, als daß er stattgefunden, zählte man etwa 5000 Gäste; das Gedränge war ungeheuer; Louis Napoleon erschien etwa um zehn Uhr mit seiner Gemahlin; der Kaiser trug Generals-Uniform mit weißem Beinkleid, dessen Gemahlin eine blaue Robe. Die ganze Familie, alle Bonaparten, Murat's, Canino's und Camerata's waren zugegen. Die Königin Wittwe Marie Christine von Spanien, der Prinz Heinrich XIV. von Reuß-Schleiz, der Herzog Karl von Braunschweig u. A. waren zugegen. In der Ehren-Quadrille tanzten Louis Napoleon und die Prinzessin Mathilde gegenüber dem Prinzen Napoleon und der Lady Cowley; der Graf Walewski und die Marquise Strozzi, Tochter des österreichischen Feldmarschalls Grafen Nugent gegenüber dem General Canrobert und der jüngsten Tochter der Königin von Spanien und des Herzogs von Rianzares; der Prinz Heinrich XIV. von Reuß-Schleiz und die Herzogin von Valentinois (Gemahlin von Karl Honorius Grimaldi, Herzog von Valentinois in Frankreich, Erbprinzen von Monaco, eine geborene Gräfin von Merode) gegenüber dem portugiesischen Gesandten Baron de Paiva-Peraira und der Frau Vice-Präsident Rouher; endlich der sardinische Gesandte Marquis Salvator Pes de Villamarina mit der Frau Unterrichts-Minister Fortoul, gegenüber dem Marine-Minister Admiral Hamelin mit der Gemahlin des königl. preußischen Gesandten, Frau Gräfin Hatzfeld. Louis Napoleon tanzte später auch noch einen Walzer mit der Gräfin Sclafani und einen Contretanz mit der Lady Cowley, nach dem Souper zog er sich mit seiner Gemahlin zurück. Unter den Fremden bemerkte man besonders den spanischen Marschall Narvaez, Herzog von Valencia, den dänischen Baron Bertuch, den österreichischen Graf Traun, dessen Tochter durch ihre blendende Schönheit allgemeines Aufsehen erregte. (Das ist wohl ein Irrthum, das paßt auf keine Dame im gräflichen Hause Abensberg-Traun; wahrscheinlich hat der Graf Traun, Sekretär der österreichischen Botschaft zu Paris, seine Schwester vorgestellt; die Gräfin Helene Traun ist die Gemahlin des Grafen Gaston d'Erembault de Dudzeele, ersten Sekretärs der belgischen Botschaft in Wien. D. R. der N. Pr. Z.)

Italien.

Rom, 22. Januar. Herr v. Thile, preußischer Minister in Rom, erhielt vorgestern durch Hrn. v. Manteuffel die Mittheilung einer Depesche des Grafen v. Nesselrode, in welcher der greise russische Diplomat anzeigt, daß das Kabinet von St. Petersburg das Ultimatum als Basis der Friedensunterhandlungen angenommen hat. Nach Empfang dieser wichtigen Mittheilung begab sich Hr. v. Thile zum Kardinal Staatssekretär, um ihn vom guten Erfolg der Unterhandlungen in Kenntniß zu setzen, und fügte bei, daß derselbe der drohenden Haltung Oesterreichs, sowie den guten Diensten und der überredenden Dazwischenkunft Preußens zu verdanken sei. Hier glaubt die Diplomatie allgemein an die Wahrscheinlichkeit des Friedens; aber andere Männer von gründlich geschichtlich-politischem Urtheil (deren Zahl in Rom nicht groß ist) sind getheilter Ansicht; der größere Theil glaubt gar nicht an den Erfolg der neuesten Unterhandlungen, oder zeigt sich wenigstens mißtrauisch. — Nach zuverlässigen Berichten aus Paris ist der Dotationsvertrag der Gräfin v. Castelviejo, Braut des Fürsten del Drago, abgeschlossen. Marie Christine giebt zu Gunsten ihrer Tochter eine Aussteuer im Werth von 650,000 Franken und eine Mitgift von 2 Millionen, deren eine Hälfte bei der Feier der Ehe und die andere bei ihrem Tode bezahlt werden soll. Die Fürstin-Mutter des Bräutigams und Fürst Massimo, Oheim desselben, sind zur Hochzeitfeier nach Paris gereist. (A. Z.)

Großbritannien.

London, 28. Januar. Auf dem letzten außerordentlichen Meeting der Administrative Reform Association hatte der Vorsitzende die Aeußerung gethan: wenn Kars absichtlich im Stiche gelassen sei, so müsse Lord Palmerston unter Anklage gestellt werden. Darauf brachte die „Times“, die übrigens diese Aeußerung unterdrückt, den Artikel, in dem sie die Schuld auf Lord Stratford wälzte und für das unangenehme Wort Anklage, impeachment, das nach Tower Hill weist, das beruhigendere Wort: „parlamentarische Untersuchung“, das wir in dem Sebastopol-Komite würdigen gelernt haben, in die öffentliche Meinung warf. Der Verein, inzwischen mit den Provinzen in Verbindung getreten, hat sich aber damit nicht abspeisen lassen, sondern das Thema festgehalten, das zwar außerhalb seines Programms lag, aber einen Erfolg versprach, hat, anstatt hinter der öffentlichen Meinung herzulaufen, wie die „Times“ ihm gerathen, einmal versucht, öffentliche Meinung zu machen. Die Petition lautet:

„Die durch Hunger erzwungene Uebergabe der wichtigen Festung Kars, ihre ausdauernde Vertheidigung, die glänzenden Thaten und das heldenmüthige Ausharren der Besatzung, die Gleichgiltigkeit, die E. M. Gesandter in Konstantinopel, der Lord Stratford de Redcliffe gegen die wiederholten Hilfsgesuche des Generals Williams, E. M. Kommissars, an den Tag gelegt, der Umstand endlich, daß, obgleich Truppen und Kriegsbedarf reichlich zur Hand waren, kein Versuch gemacht worden ist, die Belagerten zu entsetzen, haben uns mit Sorge erfüllt. Wir sind aus glaubhafter Quelle unterrichtet, daß während der Blokade von Kars E. M. Gesandter in Konstantinopel von der dringenden Gefahr der Festung und von der verzweifelten Lage der Besatzung vollkommen unterrichtet war. Wir wissen von einem Gewährsmann, dessen Zuverlässigkeit nicht in Frage gestellt werden wird (General Beatson), daß der General Williams nicht weniger als 36 Depeschen an Lord Stratford schickte mit der Bitte um Hilfe, und daß der Gesandte, weit entfernt der Bitte zu entsprechen, nicht einmal für gut befunden hat, auf eine einzige Depesche zu antworten.

Während der zweimonatlichen Hungersnoth in Kars herrschte in Erzerum ein Ueberfluß an Lebensmitteln, die von einer Entsatzarmee ohne große Schwierigkeit hätten nach Kars geführt werden können, weil die Russen nur eine und nicht eben starke Position zwischen beiden Städten besetzt hatten. Tausende von E. M. und des Sultans Truppen unter den Befehlen von E. M. Ministern, Gesandten und Generalen und eine ungeheure Flotte von Kriegs- und Transportschiffen blieben während der ganzen Belagerung müßig, während eine zum Entsatz hinreichende Macht leicht hätte auf den Kriegsschauplatz geschafft werden können. Das mit großen Unkosten aufgebrachte türkische Kontingent lag müßig. Ein Korps von 40,000 Baschi-Bozuks unter General Beatson bat vergebens den Gesandten, verwandt zu werden, und konnte nur mit Mühe in Unthätigkeit gehalten werden. Am 7. Juli, am 14. August und am 12. September richtete der General Beatson dringende Gesuche an Lord Stratford, zum Entsatz von Kars befehligt zu werden. Am 14. August ging von den Truppen selbst eine Petition ab, man möge sie doch nicht müßig lassen, sondern zum Entsatz der Festung abschicken. Gerade um diese Truppen hatte General Williams dringend gebeten, der, ohne Kenntniß von dem Stande der Dinge, den General Beatson der Gleichgiltigkeit beschuldigte. General Beatson wurde seines Kommandos enthoben, und erst gegen Ende September wurde Omer Pascha, so lange durch den Mangel an Transportschiffen festgehalten, aus der Krim losgelassen und nach der Küste Asiens geschickt.

Das Leiden und der Tod so vieler braven Männer, die Niederlage unserer Waffen, die verzweifelte Lage der Garnison, die Verweigerurg des Entsatzes, verbunden mit dem bis jetzt unwidersprochenen Faktum, daß die Depeschen des Generals Williams ohne alle Beachtung geblieben sind, erregen die Entrüstung Aller, welche die Bedeutung des gefallenen Platzes kennen oder die traurigen Einzelnheiten der heldenmüthigen und doch vergeblichen Vertheidigung vernehmen.

Wir bitten daher, E. M. wolle gnädigst geruhen, eine vollständige und öffentliche Untersuchung in alle mit dem Fall von Kars verknüpften Umstände anzuordnen.“

Unter den Reden war die von Richards, übrigens nicht Mitglied des Vereins, die bedeutendste. Es war das erstemal, daß gewisse Thatsachen diesem Publikum vorgelegt wurden, Thatsachen, gegen die es sich sonst Augen und Ohren zugehalten, die es in seinen Blättern, in seinem Gespräch, in seinen Gedanken unterdrückt hatte, weil es fühlte, daß sie alle seine politischen Vorstellungen über den Haufen warfen, und weil es die Anstrengung fürchtete, sich neue Vorstellungen zu bilden. Der Redner verlas eine Reihe von Stellen aus den Blaubüchern, aus denen er bewies, daß die englische und die russische Regierung den Ueberfall von Sinope arrangirt haben, um, wie Sir Hamilton Seymour sich ausdrückt, „die Türken durch eine Niederlage zu beruhigen“; und schloß mit dieser Aeußerung Stratfords, geschrieben einige Tage nach dem Ereigniß: „Vergeben Sie mir, mein Lord, wenn ich in dieser Verknüpfung von Umständen, die alle zu demselben Schlusse leiten, die öffentliche Meinung nicht ganz aus den Augen setzen kann, noch das reife Urtheil, welches spätere Zeiten über unser Verhalten in dieser beispiellosen Konjunktur fällen werden.“ „Was, fragte der Redner, halten Sie von dieser Stelle? Mir erscheint sie wie the fagend of the soliloquy of an assassin. Finden Sie den Ausdruck zu hart? Malen Sie sich die Scene aus, die zwölf russischen Dreidecker die sechs türkischen Fregatten und Korvetten überfallend, den Befehl, keine Ergebung anzunehmen, die mörderischen Breitseiten, die zertrümmerten Bollwerke der gelieferten Schiffe, ihre Decke bespritzt mit dem Blut und dem Hirnmarke unserer Alliirten, malen Sie sich die See roth von Blut und Flammen, bis der letzte Türke elend und doch glorreich umgekommen, das letzte Wrack verkohlt und rauchend auf den Wellen treibend, den letzten verstümmelten Leichnam von der Fluth an das Ufer gespühlt, lassen Sie den Abend auf die Schreckensscene herabsinken und nennen Sie den, der in Ihrem Namen, im Namen Englands, Treue und Glauben verrathend, das angerichtet, nennen Sie ihn nicht, wenn Ihnen das zu hart dünkt, wie er genannt werden muß — nennen Sie ihn einen modernen Staatsmann, einen britischen Diplomaten!“ Ich habe manchem Meeting in London beigewohnt, aber nie eine so elektrisirende Wirkung gesehen. Aus den vielerlei Bemerkungen der Presse über das Meeting hebe ich folgende des „Morning Advertiser“ heraus. „Ist es nicht sonderbar, zu sehen, wie ein freies Volk so gegen seinen Willen regiert, wie jeder Wunsch und Trieb des Volksherzens so von den junkerlichen Regierungen verachtet wird?“ Wenn der Leser gerade eine Minute Zeit hat, verweile er bei dieser Naivetät, sie lehrt mehr als hundert Bücher. (N. Z.)

Schweden.

Stockholm, 22. Jan. Durch ein eigenes Spiel des Zufalles hatte „Aftonbladet“ am Abende vorher, ehe demselben die telegraphische Nachricht von dem mit Einemmale so friedlich gesinnten Rußland zugekommen war, unter der Ueberschrift: „Eine neue russische Flotte!“ einen Artikel, der, wenn damals schon äußerst gewichtig, jetzt es noch um so mehr ist. „Aftonbladet“ äußerte nämlich in demselben: „Unsere Leser wissen schon, mit welchem unermüdlichen Eifer Rußland seit einer längeren Zeit gestrebt hat, theils durch List, theils durch Unterhandlungen einen Theil des nördlichsten Küstenlandes von Norwegen zu erhalten, weil dieses an der Nordsee selbst bessere und zugänglichere Häfen darbietet, als die russischen Küsten am weißen Meere. Selbst dem, welcher bis jetzt noch über den eigentlichen Zweck von diesen Umtrieben und über die wirklichen Gefahren, welche von hier drohten, in Zweifel gewesen ist, dürfte jetzt der Staar gestochen werden, wenn man erfährt, daß Rußland in aller Stille eifrig beschäftigt ist, im weißen Meere selbst eine neue Flotte zu schaffen. Wir haben nämlich in diesen Tagen selbst durch Privatnachrichten, die wir für völlig verlässig zu halten allen Grund haben, erfahren, daß Rußland gegenwärtig bei Archangel eine Menge größerer und kleinerer Kriegsschiffe mit der größten Eile bauen lasse. Von diesen sollen 6 Fregatten und 10 Kanonenboote, welche mit Dampfschrauben versehen sind, schon zu dem ersten Frühlingstage völlig gerüstet sein. Es ist hinreichend, daß diese bis jetzt im Geheimen betriebene Rüstung bekannt wird, um mit Zuversicht hoffen zu können, daß England und Frankreich solche Maßregeln ergreifen werden, daß die neue Flotte niemals werde auslaufen können ꝛc.“ (K. Z.)

Breslau, 2. Februar. [Polizeiliches.] Es wurden gestohlen: aus einem auf der Matthiasstraße gelegenen Tanz-Lokale ein grautuchner Damenmantel mit rothem Kittai gefuttert und 1 weißer Atlashut mit dergleichen Bande; Antonienstr. Nr. 36 9 Brote Zucker, deren unterer Theil mit einer Vertiefung versehen ist, in welchem sich das Siegel: „Rabbiner in Berlin“ befindet, eine Quantität Reis; Messergasse Nr. 8 1 Paar Winterstiefeln mit Doppelsohlen und 1 Paar kalblederne Halbstiefeln, Werth zusammen 5 Thlr.; Saudstraße Nr. 14 5 Stück neue Getreidesäcke, 1 Schell- und 1 Quer-Axt; Schuhbrücke Nr. 77 die über der Thür befindliche eiserne Stange mit 4 messingnen Barbierbecken; Ohlauerstr. Nr. 1 ein Stück roth und gelbkarrirte Schürzenleinwand, Werth 2 Thlr.; einem 5 Jahr alten Knaben, auf dem Wege zur Schule, angeblich von einer unbekannten Frauensperson, durch welche das Kind in ein Haus auf der Nikolaistraße gelockt worden, 1 dunkelfarbiger Paletot; einem Kartoffelhändler aus Beckern von seinem Wagen 1 braun überzogener Pelz. Ein ehemaliger Schornsteinfegerlehrling wurde dabei betroffen und festgenommen, als er in einigen Häusern auf der Schuhbrücke im Namen seines früheren Meisters, jedoch ohne dessen Wissen und Willen das sogenannte Kehrgeld einforderte, das er geständig in seinen Nutzen zu verwenden beabsichtigte.

Verloren wurden: eine dunkle Pelzpellerine; ein Brief mit drei österreichischen Banknoten, jede zu 100 Fl.

[Gerichtliche Verurtheilungen.] Von dem hiesigen königl. Stadt-Gericht, Abtheilung für Uebertretungen, wurden verurtheilt: Drei Personen wegen Ueberschreitung der Droschken-Fahrtaxe resp. unanständigen Betragens gegen Fahrgäste und Erregung ruhestörenden Lärmes, zu resp. 1 Thlr. und 3 Thlr. oder 1 und 6 Tagen Gefängniß. Drei Personen wegen Besitzes ungeaichter Waagen und ungeaichter normalwidriger Gewichte, unter Konfiskation der Waagen und Gewichte, zu resp. 1, 2 und 3 Thlr., oder 1, 2 und 3 Tagen Gefängniß. Vier Personen wegen Verletzung des Hausrechts, zu 1 Thlr. resp. 10 Sgr. oder 1 Tag Gefängniß. Eine Person wegen Fälschung eines Attestes und wissentlichen Gebrauchs desselben, zu 1 Thlr. oder 2 Tagen Gefängniß. Eine Person wegen Einbringung von Wild (Rehböcke) ohne Legitimations-Attest, zu 15 Sgr. oder 1 Tag Gefängniß. Eine Person wegen vernachläßigter Beaufsichtigung ihres einjährigen Kindes, zu 10 Sgr. oder 1 Tag Gefängniß. Eine Person wegen Uebertretung der Droschken-Ordnung zu 20 Sgr. oder 1 Tag Gefängniß. Eine Person wegen Verengung der Passage und Erregung eines ungebührlichen Lärmes, zu 1 Thlr. oder 1 Tag Gefängniß. Einundzwanzig Personen wegen Bettelns, resp. zu 1 und 3 Tagen Gefängniß. (Pol.-Bl.)

Berlin, 1. Febr. [Patent.] Dem Kaufmann J. H. F. Prillwitz in Berlin ist unter dem 29. Januar 1856 ein Patent auf Vorrichtungen zum Stimmen von Saiten-Instrumenten in der durch Modell und Zeichnung nachgewiesenen Zusammensetzung auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des preußischen Staates ertheilt worden.

Berliner Börse vom 1. Februar 1856.

Fonds-Course.

Freiw. St.-Anl.	4½	100½ bez.
St.-Anl. v. 1850	4½	101 bez.
dito 1852	4½	101 bez.
dito 1853	4	96¾ bez.
dito 1854	4½	101 bez.
dito 1855	4½	101 bez.
Präm.-Anl. v. 1855	3½	112 bez.
St.-Schuld-Sch.	3½	87¾ bez.
Seehdl.-Pr.-Sch.	—	148 bez.
Preuß. Bank-Anth.	4	127 bez.
Posener Pfandbr.	4	101½ Gl.
dito	3½	91¼ Br.
Ruff. 6. Anl. Stgl	5	94½ à 95 bez.
Polnische III. Em.	4	92½ Br.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	85½ etw. bz. u. G.
dito à 300 Fl.	5	92 Gl.
dito à 200 Fl.	—	20 Gl.
Hamb. Pr.-Anl.	—	65¾ Gl.

Aktien-Course.

Aachen-Mastrichter	4	59¼ à ¾ bez.
dito Prior.	4½	91¼ bez.
Berlin-Hamburger	4	113¾ bez.
dito Prior. I. Em.	4½	102⅝ Gl.
dito Prior. II. Em.	—	102 Gl.
Berbacher	4	154½ bez.
Breslau-Freiburg.	4	142½ Gl.
dito neue	4	130½ bez.
Köln-Mindener	3½	163¾ à 164¼ bz.
Köln-Minden Pr.	4½	100¾ etw. bz. u. G.
dito II. Em.	5	103½ Br.
dito II. Em.	4	91 bez.
dito III. Em.	4	91 bez.
dito IV. Em.	4	89½ bez.
Mainz-Ludwigsh.	4	122½ bez.
Mecklenburger	4	55¼ à 56 bez.
Niederschlesische	4	93¾ etw. bz. u. G.
dito Prior.	4	93¼ Br.
dito Pr. Ser. I. II.	4	93¼ bez.
dito Pr. Ser. III.	4	93 bez.
dito Pr. Ser. IV.	5	102¼ Br.
dito Zweigbahn	4	69½ à 70 bez.
Nordb. (Fr.-Wilh.)	4	58¾ à 59¼ bez.
dito Prior.	5	— — —
Oberschlesische A.	3½	215½ u. E. 217 bz.
dito B.	3½	181 à 181½ bez.
dito Prior. A.	4	92 Gl.
dito Prior. B.	3½	81¼ bez.
dito Prior. D.	4	90½ bez.
dito Prior. E.	3½	79½ bez.
Rheinische	4	112 à 112½ bez.
dito Prior. Stm.	4	112 bez.
dito Prior.	4	90½ Br.
dito Prior.	3½	84½ Gl.
Stargard-Posener	3½	95¼ bez.
dito Prior.	4	91¼ Gl.
dito Prior.	4½	99¾ bez.
Wilhelms-Bahn	4	198 à 197 bez.
dito neue	4	167½ Gl.
dito II. Prior.	4	89¾ Gl.

Die Börse, Anfangs matter gestimmt, gewann im Laufe des Geschäfts wieder eine günstige Tendenz und die meisten Aktien wurden höher bezahlt, nur die österreichischen stellten sich erheblich niedriger; das Geschäft blieb sehr lebhaft.

Stettin, 1. Februar. Weizen 82pfd. pr. 90pfd. 90 Thlr. bez., gelber pr. Frühjahr 88—89pfd. 110 Thlr. bez. Roggen flau, loco 82—83pfd. pr. 82pfd. 73 Thlr. bez., 82pfd. pr. Februar und pr. Februar-März 73½—74 Thlr. bez., pr. Frühjahr 75½, 75, 75½, 75¾, 75½, 75 Thlr. bez. u. Gld., pr. April-Mai 75½ Thlr. bez., pr. Mai-Juni 75½ Thlr. bez. u. Br. Gerste loco für Oderbruch 57 Thlr. bez., pr. Frühjahr 74—75pfd. große pomm. 56 Thlr. bez., 74—75pfd. große 55 Thlr. Gld., do. ohne Benennung 55 Thlr. Br. Hafer, pr. Frühjahr 50—52pfd. 36 Thlr. bez. Erbsen, loco kleine Koch- 80—84 Thlr. Br. Rüböl matter, loco 16⅙ Thlr. bez., pr. Januar-Februar und pr. Februar-März 16⅙ Thlr. Br., pr. April-Mai 16⅛ Thlr. bez. u. Br., pr. September-Oktober 14 7/12, ⅙ Thlr. bez. u. Gld., 14 7/12 Br. Spiritus flau, am Landmarkt ohne Faß 12 9/16 pCt. bez., loco ohne und loco mit Faß 12½ pCt. bezahlt und Br., pr. Februar-März 12½ pCt. bezahlt und Br., pr. Frühjahr 12, 12 1/16, ⅛, ¼ pCt. bez. und Br., 12½ pCt. Gld., pr. Mai-Juni 12 pCt. bezahlt und Br., pr. Juni-Juli 11¾ pCt. bez. und Br.

≃ **Breslau,** 2. Febr. [Produktenmarkt.] Getreidemarkt flauend, keine Kauflust, Preise weichend. Von auswärts bedeutend niedrigere Notirungen. — Kleesaaten im Begehr und nur sehr wenig zugeführt.

Weizen, weißer bester 137—145 Sgr., guter 120—130—132 Sgr., mittler und ord. 95—110—113 Sgr., gelber bester 128—136 Sgr., guter 110 bis 120 Sgr., mittler und ord. 70—80—100 Sgr., Brennerweizen 60 bis 70 bis 80 Sgr. Roggen 86pfd. 109—110 Sgr., 85pfd. 106—107 Sgr., 84pfd. 103 bis 105 Sgr., 82—83pfd. 97—101 Sgr. — Gerste 70—74—77 Sgr. — Hafer 37—43 Sgr. — Erbsen 105—110—120 Sgr. — Winterraps bester 143 Sgr., Sommerraps und Sommerrübsen 110—114—120 Sgr.

Kleesaat: rothe hochfeine 18⅔—19⅙ Thlr., feine 17—17½—18 Thlr., abfallende Sorten 14—16½ Thlr., hochfeine weiße 26—27 Thlr., feine 23 bis 25 Thlr., mittle 20—22 Thlr., ord. 10—18 Thlr.

Redakteur und Verleger: C. Zäschmar in Breslau.

Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.